

HAZ 6.4.11: Die **Nachfrage steigt**  
**„Die bevorstehende Einführung des verkürzten Abiturs an den Integrierten Gesamtschulen bremst die Nachfrage der Eltern nicht. (...) ein neuer Rekord.“**



Warum sollte die Nachfrage auch sinken? Der Stress an den Gymnasien hat wohl weniger mit dem G8 zu tun. (Die Grundschule dauert nur halb so lange (G4), ist der Stress deshalb doppelt so groß?) An den Gymnasien wird nicht Schülerorientiert sondern Lehrerzentriert gearbeitet. Das einzige was stört sind die Kinder. An Gesamtschulen geht es entspannt zu. Ergebnis: Gelerntes bleibt im Langzeitgedächtnis. Die vorherrschenden Methoden an den Gymnasien bedienen im Gegensatz dazu das Kurzzeitgedächtnis. Die nächste Hürde/Arbeit muss genommen werden. Die Gymnasien retten sich damit, dass sie vor allem Kinder aus „gutem“ Elternhaus aufnehmen. Diese bilden den nötigen Rückhalt und können sich therapeutische Unterstützung und Nachhilfekosten in Milliardenhöhe leisten.

Ein Tropfen Liebe ist mehr als ein Ozean Verstand

CvO



Carl-von-Ossietzky-Oberschule

Carl-von-Ossietzky-Oberschule · Staatl. Europaschule Berlin, Deutsch-Türkisch  
Blücherstr. 46-47 · 10961 Berlin · Routenplanung zu uns mit [Google Maps](#)  
Schultelefon: 030-90298-7511 | E-Mail: [verwaltung@cvo-berlin.de](mailto:verwaltung@cvo-berlin.de)



**Neustart 2011.**

*Wir werden Gemeinschaftsschule.  
Wir gestalten eine neue Website.*

Im Frühjahr 2011 gehen wir mit unserem neuen Internetauftritt online.  
Wir bitten Sie bis dahin um noch etwas Geduld. Herzlichen Dank.

Anett Burow  
Schulleiterin

# Mit Speck



€ Oberschule mit € Oberschulkonrektor € Oberschuldirektor € Didaktische Leiter € Fachkonferenzleiter €

## CDU-Wahlkampfstrategie: Oberschule

McAllister:

„Die Oberschule wird laufen wie geschnittenes Brot“

Die Oberschule soll mit hohem Druck möglichst schnell eingeführt werden  
Die Ungleichbehandlung von Oberschule und IGS macht deutlich, dass es der Regierung nur um die Verhinderung des gemeinsamen Lernens geht.



# Lernen aber wie?



Mi. 16. Feb. um 19 Uhr (Wdh.: Do. 19 u. So. 15 Uhr)

Regional im Kabel TV - Weltweit im web tv

unter:<http://www.oeins.de/lokalsender/webtv.html>

Gäste im Studio:

**Prof. Dr. Barbara Moschner** (Lehr- und Lernforscherin)

**Martina Rosenboom** (Deutsche Gesellschaft für das hochbegabte Kind)

In der Sendung: Gespräch mit: Prof. Dr. Elsbeth Stern: Das Gespräch mit Frau Stern unter:

[http://www.youtube.com/watch?v=8FsV8aF\\_YPA](http://www.youtube.com/watch?v=8FsV8aF_YPA)



## Prof. Dr. Elsbeth Stern

**Renommierteste Lehr- u. Lernforscherin  
im deutschsprachigen Raum**

**zu den Themen **Intelligenz, gegliedertes  
Schulsystem und Gemeinschaftsschule:****

**Intelligenz** ist eine Fähigkeit, die sich entwickeln muss, und das kann sie nur innerhalb einer bestimmten Umwelt. (...) Der wichtigste Satz ist: Individuelle Unterschiede in komplexen psychischen Merkmalen zeigen sich erst, nachdem Umweltfaktoren wirksam wurden. Intelligenz wird eben aufgrund vieler genetischer Merkmale vererbt. (...) Was nötig ist, damit die Intelligenz, die einer hat, sich entwickeln kann, sind Standardernährung, emotionale Geborgenheit und natürliche Sprachförderung. Kinder brauchen den Zugang zu den Symbolsystemen. Das ist das Entscheidende für die Intelligenz

Intelligenzpotenziale müssen wir in der gesamten Bevölkerung suchen und sie für die Weiterentwicklung des Wissens nutzen. Die Gene steuern, auf welche Umweltangebote ein Individuum reagieren kann. Aber die Umweltangebote müssen natürlich vorhanden sein. Und Intelligenz, so wie wir sie heute verstehen, kann sich nur in einem anspruchsvollen kulturellen Kontext entfalten. Und Intelligenzunterschiede können nur in diesem Umfeld entstehen. (...) (Anmerkung: Es geht darum ein anregendes Umfeld für alle Kinder zu schaffen, das aber geht eben nur mit einer Gemeinschaftsschule.)

Fehlendes Wissen kann nicht durch eine höhere Intelligenz kompensiert werden. Auch intelligente Menschen müssen lernen. Ja, Lernen macht überhaupt erst intelligent. Nur wenn ich Lerngelegenheiten wahrnehme, kann ich mein Potenzial entfalten. (...)

**Brauchen wir unterschiedliche Schulen für unterschiedlich begabte Schülerinnen und Schüler?**(...) Es ist seit Jahrzehnten festgeschrieben: das mehrgliedrige Schulsystem, das die Schüler aufteilt in diejenigen, die ein gutes akademisches Lernpotenzial mitbringen, und solche, deren Potenzial nicht so gut ist. (...). Traditionell ist man davon ausgegangen, dass Gymnasiasten anders und schneller lernen während Schüler der Hauptschulen eher konkrete Anweisungen brauchen. (...) Wenn damals schon die Normalverteilung der Intelligenz im Bewusstsein der Menschen, der Politiker, gewesen wäre, dann hätte man gesagt, es ist eigentlich keine gute Sache, willkürlich Einschnitte vorzunehmen (...). Deshalb haben wir ein so extrem sozial ungerechtes Schulsystem. Wie wir das jemals wieder loswerden, weiß eigentlich niemand. Aber wir müssen uns der Tatsache stellen, dass in einem großen Bereich die Zuweisung auf das Gymnasium nicht nach Leistung erfolgt, sondern nach sozialer Herkunft. (...)

Man bräuchte unterschiedliche Schulen, wenn man nachweisen könnte (...), dass Schüler mit schlechteren Voraussetzungen einen ganz anderen Unterricht brauchen als Schüler mit besseren Voraussetzungen. Dazu gab es unendlich viel Forschung, aber die These hat man eigentlich nicht belegen können.

(...)Guter Unterricht bedeutet immer, dass der Lehrer sich um das Wissen, das die Schüler haben, kümmert, dass sein Unterricht schüler-zentriert, aber lehrergesteuert ist, und dass der Lehrer seine Methoden auf den Inhalt und das Vorwissen der Schüler abstimmt. (...)Die pädagogische Herausforderung

Wenn man den Spielraum nutzt, den die Schule bietet, dann kann man den Schülern auf sehr unterschiedlichen Ebenen gerecht werden. Es gibt genügend Spielraum, um beispielsweise jahrgangsübergreifenden Unterricht zu machen, sich mit anderen Lehrern zusammen zu tun, Leistungsgruppen zu bilden, die zeitweise zusammenkommen, ohne dass administrative Beschlüsse gefasst werden müssen. Dabei ist wichtig, dass die Lehrer in Ausbildung und Weiterbildung lernen, dass Differenzierung in Unterschiede nicht die Ausnahme ist, auch nicht ein Problem, sondern das tägliche pädagogische Geschäft. Unterschiedliche Schüler können unterschiedliche Dinge bei gleichen Angeboten lernen. (...)

Lernen ist ein konstruktivistischer Prozess, in dem man punktuell aufnimmt, was man gehört oder gesehen hat und was an das eigene Vorwissen anknüpft. (...) Lernen funktioniert eben nicht wie das Füllen eines Eimers. Natürlich gehört auch dazu, dass man das Einmaleins in der Schule lernt. Dies kann langweilig sein. Aber man kann auch anders vorgehen und beispielsweise sagen: Welche Multiplikationsaufgaben führen zu einem bestimmten Ergebnis: Wie kann ich zu einer zwei kommen? Wie zu einer drei? Und so weiter. Dann lernen alle Kinder das Einmaleins, aber diejenigen, die ein wenig bessere Voraussetzungen mitbringen und vor allem die oberen 15 Prozent, die lernen mehr. Sie lernen nämlich, dass die Zahlen sich darin unterscheiden, aus wie vielen Gleichungen sie sich zusammensetzen. Und sie kriegen schon die Voraussetzungen für Primzahlen und Quadratzahlen und so weiter, ohne dass man das explizit behandeln muss. So muss Unterricht sein, dass man als Lehrer möglichst Aufgaben gibt, bei denen jeder Schüler etwas für sich rausziehen kann. Dass das gelingen kann, das machen Länder wie Finnland vor. Aber das erfordert von den Lehrern natürlich bestimmte pädagogische Kompetenzen. (...)

### **Was spricht für die Gemeinschaftsschule?**

Sie bietet sich an, nicht weil alle Kinder gleich sind, sondern gerade weil die Kinder in ihren Eingangsvoraussetzungen so unterschiedlich sind, dass man ihrer Heterogenität nicht durch ein System mit zwei oder drei Schubladen gerecht werden könnte. Das ist wichtig, und das müsste kommuniziert werden, weil einem immer wieder, wenn es um das dreigliedrige Schulsystem geht, entgegengehalten wird: Die Kinder sind nicht alle gleich. D'accord, aber sie sind eben, wie gesagt, so ungleich. Daher kann ich zum Abschluss nur sagen: Bildungsgerechtigkeit heißt einfach nur, dass die Normalverteilung ein Stück nach oben verschoben werden kann. Die Unterschiede sind am Anfang da, sie bleiben bestehen, wenn alles gut gelaufen ist, aber alle Schüler sind einen Schritt vorwärts gegangen. „Unterschiedliche Schüler können unterschiedliche Dinge bei gleichen Angeboten lernen“.



# „Die Arbeit in der Oberschule“

Entwürfe der Erlasse und Verordnungen stehen im Internet unter:  
[www.mk.niedersachsen.de](http://www.mk.niedersachsen.de)

## Kommentar zur Oberschule unter:

<http://www.youtube.com/watch?v=hNPZgFbrvMI>



Kommentar zur Oberschule Bernd Siegel O1 TV Zukunft  
Bildung unter: <http://www.youtube.com/watch?v=hNPZgFbrvMI>



## Zuschriften: Schulstreit und Inklusion

**Prof. Dr. Valentin Merkelbach:** „Lieber Herr Siegel, zu Ihrer Information ein Beitrag zum aktuellen Schulstreit in Niedersachsen. Freundliche Grüße Valentin Merkelbach.“

Den Beitrag finden sie unten.

**Dr. Brigitte Schumann:** „Lieber Bernd, die Monitoring-Stelle hat sich zu Wort gemeldet und die KMK sowie die Länder im Umgang mit der BRK kritisiert. Ich schicke dazu meinen Beitrag („Eckpunkte zur Verwirklichung eines inklusiven Bildungssystems“) mit der Bitte um Veröffentlichung. Mit kollegialem Gruß, Brigitte Schumann“

Den Beitrag: finden sie unten.

# Bildungs-System bekommt nur die Note 4+

Das ärgert die Deutschen am meisten:

**92 % gegen Bildungs-Kleinstaaterei**

**87 % für Kitapflicht**

**80 % wollen Ganztagschulen**

**67 % gegen Selektion nach der 4 Klasse**

**Schwarzrotgrüngebe Politiker stellen sich taub.  
Sie bauen das Zwei-Klassen Schulsystem.**

Selektion in der Schullaufbahn [%]



Lesermeinung: Herzog schrieb:

**„Die Parteien/Ideologen- (...) nur mit EXPERTEN (...) ersetzen/austauschen.“**

## Inklusion

**Lehrer der Grundschule  
Bockhorn klagen über ihre  
Arbeitsbedingungen und  
fordern angemessener**

**Rahmenbedingungen für die Inklusive Schule:**

1. die Ausstattung mit mehr Lehrer- und Förderstunden
2. das Herabsetzen der Regelstundenzahl von Lehrkräften für die Bewältigung der zusätzlichen Aufgaben
3. die Schaffung von Räumlichkeiten für Kinder mit Förderbedarf
4. die finanzielle Ausstattung für die Anschaffung von geeigneten Fördermaterialien und Utensilien
5. die Unterstützung durch qualifiziertes Personal (Schulbegleitung)
6. die Begrenzung der Schülerzahlen in einer Klasse (max. 20 Kinder)
7. die Unterstützung durch außerschulische Personen wie Therapeuten, Psychologen, Sozialarbeiter usw. vor Ort
8. die Fort- und Weiterbildung von Kolleginnen und Kollegen im sonderpädagogischen Bereich

**Inklusion kann nur dann gelingen, wenn die Bedingungen stimmen!**



# GEW sagt Beteiligung am 3. Bildungsgespräch ab

(...) Die GEW wirke nicht an einer Inszenierung mit, bei der vor allem das Bestehen eines Dialoges demonstriert werden solle. Nach Ansicht des GEW-Vorsitzenden sprechen die kurzfristige Einladung und eine dilettantische Vorbereitung eher für eine Inszenierung als für ein ernsthaftes Gespräch. So gehe aus der Einladung nicht hervor, ob der Minister wieder eine Power-Point-Präsentation zeigen wolle, zu der die Teilnehmer anschließend nur ein knappes Sätzchen äußern könnten. Bekanntlich seien auf Referentenebene im Ministerium schon Papiere fertig gestellt, die sich als Tischvorlagen eignen. (...) Die Bürgerinnen und Bürger, auch die Eltern akzeptierten keine ideologische Bevormundung mehr. Sie wollten selbst in Angelegenheiten entscheiden, die sie betreffen. Zum Beispiel bei der Möglichkeit, Schulformen ihrer Wahl auch wirklich angeboten zu bekommen – in Stadt und Land.

Gegner des gemeinsamen Lernens in Niedersachsen machen Druck und warnen öffentlich vor der Gesamtschule:

## „Bald auch in Baden-Württemberg !?“

und zitieren eine Zeitung wie folgt: „Plötzlich ging’s bergab (...) Schülerinnen macht der dramatische **Zensurenabsturz** zu schaffen, denn vor einem Jahr gehörten sie zu (...) der (...) Gesamtschule.“

Kommentar: Diese Schule ([www.tmg-ziesar.de](http://www.tmg-ziesar.de)) ist seit Jahren eine „**Oberschule**“ und **keine Gesamtschule**. Angebracht wäre also die Frage: „**Bald auch in Niedersachsen!?**“

Die hier **zuständige Bildungsministerin (SPD) (SPD)** begrüßte am 04. April 2011, die Jahrestagung zum Förderprogramm „Initiative Oberschule“: „*Optimale Vorbereitung auf die Zukunft (...)* „*Das zeigt zum einen, dass wir mit der Initiative ein gutes Instrument zur Unterstützung der Oberschulen gefunden haben (...)* *Das ist eine Erfolgsgeschichte*“

In dem Land werden die Gesamtschulen in Oberschulen umgewandelt. Dafür werden vom Europäischen Sozialfond (ESF) und vom Land etwa 25 Millionen Euro zur Verfügung gestellt.

Niedersachsen: Schwarzgelb legt jetzt die Haupt- und Realschulen zusammen und nennt sie Oberschule. Sie wird die Schüler aufnehmen, die nicht zum Gymnasium dürfen.

Philologenverband: „Einen Krieg gegen das Gymnasium hat noch keiner gewonnen“

Wer will das denn?? Im Gegenteil, es geht darum, dass alle Kinder zum Gymnasium gehen sollen. Nach der Grundschule, es funktionierte ja gut, bleiben die Kinder einfach zusammen. So wie überall auf der Welt und in Finnland, da machen laut OECD 97% Abitur.

## Trotz Regierungswechsel! S21: Schwaben demonstrieren wieder

Gegner des Bahnprojektes „Stuttgart 21“ trafen sich am Samstag erstmals seit dem Regierungswechsel zu einer Demonstration auf dem Schlossplatz in Stuttgart

Es ist das erste Mal seit dem bei der Landtagswahl eingeleiteten grün-roten Regierungswechsel!

**Die Bürgerbewegung sei weit gekommen, aber trotz der Abwahl der schwarz-gelben Regierung sei das Ziel, „Stuttgart 21“ zu verhindern, noch nicht erreicht.**



Landeselternrat Niedersachsen

„Der **Zukunftstag für Mädchen und Jungen** ist in seiner Art und Zielsetzung eine besondere Form der Berufsorientierung (...) „Die Vertreter der Landesregierung hätten in ihrer Pressemitteilung aber fairerweise gleichermaßen darauf hinweisen sollen, dass es den Zukunftstag in dieser Form künftig nicht mehr geben wird, wenn es nach ihrem Willen gehen wird“ (...) „Viele Schulen haben den Zukunftstag schon bisher nur halbherzig durchgeführt. Der Landeselternrat Niedersachsen befürchtet, dass er dann zukünftig gar nicht mehr stattfindet, wenn die Schulen nicht zur Durchführung verpflichtet sind.“

## **NRW: Insgesamt wurden vierzehn Gemeinschaftsschulen genehmigt**

(...) In der Frage eines Schulkonsenses begrüßt Ministerin Löhrmann die Gesprächsbereitschaft der CDU und erklärte: „Seit September letzten Jahres arbeiten in der Bildungskonferenz Vertreterinnen und Vertreter von 50 Verbänden, Institutionen und Parteien aus dem Schulleben sehr ernsthaft daran, wie das Schulsystem in Nordrhein-Westfalen weiter entwickelt werden kann. Ziel ist es auch, mit den Ende Mai vorliegenden Empfehlungen der Bildungskonferenz einen Schulkonsens für den parlamentarischen Raum vorzubereiten.“

# Valentin Merkelbach

## Schulstreit in Niedersachsen

Der Amtsantritt der CDU/FDP-Regierung in Niedersachsen im Jahre 2003 war verbunden mit dem klaren Bekenntnis zum dreigliedrigen Schulsystem aus Hauptschule, Realschule und Gymnasium und einer Kampfansage an die bestehenden Gesamtschulen im Lande. Sie sollten fortan nur noch als Auslaufmodell geduldet und Neugründungen nicht mehr genehmigt werden.

### Kampf gegen die Gesamtschule

Wie ernst diese Ankündigungen gemeint waren, zeigt ein Vorfall aus dem Jahr 2006. Da wurde von der Robert-Bosch-Stiftung und der Deutschen Kinder- und Jugendstiftung ein Projekt „Reformzeit“ aus der Taufe gehoben. Es ging dabei um die Integration lernschwacher Kinder und gesucht wurden Schulen in Brandenburg, Berlin und Niedersachsen, die sich bei der Förderung und Integration lernschwacher Kinder bereits profiliert hatten. Sie sollten „Partnerschulen“ in ihrem jeweiligen Bundesland helfen und beraten.

Auf der Suche nach solchen Beraterschulen wurden die Initiatoren des Projekts fündig bei der Integrierten Gesamtschule Franzisches Feld in Braunschweig und der Georg-Christoph-Lichtenberg-Gesamtschule in Göttingen-Geismar. Doch diese Auswahl war für das Kultusministerium in Hannover eine ziemliche Provokation. Es erklärte, Niedersachsen könne an dem Projekt nur mitwirken unter der Voraussetzung, „dass die aus Niedersachsen teilnehmenden Schulen die Dreigliedrigkeit des niedersächsischen Schulsystems abbilden“. Als die Projektleitung an ihrer Auswahl festhielt („Uns ist die pädagogische Qualität wichtiger als die Schulform“), stieg Niedersachsen aus dem Projekt aus. (Frankfurter Rundschau, 25.1.2006, S.4)

Mit dem Verbot, neue Gesamtschulen zu gründen, wuchs rapide der Bedarf an Gesamtschulplätzen, verstärkt durch die auch in Niedersachsen schwindende Akzeptanz der Hauptschule, sodass die Landesregierung im Wahlkampf 2007 darauf reagieren musste. Der zuständige Minister, Bernd Busemann, stellte für die nächste Legislaturperiode eine Lockerung des Verbots von Gesamtschulneugründungen in Aussicht. Nicht zur Diskussion stehe allerdings, „ganz Niedersachsen zu einem Gesamtschulland zu machen“.  
(<http://bildungsklick.de/> 21.11.2007)

Nach der Wahl und der Bestätigung der schwarz-gelben Regierungskoalition wurden 16 weitere Gesamtschulen für das Schuljahr 2009/10 genehmigt, allerdings nicht mehr als „gebundene“ Ganztagschulen mit verbindlichem Nachmittagsunterricht, sondern als „offene“, die an drei Nachmittagen der Woche freiwillige Angebote machen. Damit werde, so der Landesvorsitzende der Gemeinnützigen Gesellschaft Gesamtschule, Gerd Hildebrandt, „die pädagogische Grundidee ad absurdum geführt“. Das Konzept einer Integrierten Gesamtschule gründe auf einem Schultag, der von 8 bis 15:30 dauere und festen Nachmittagsunterricht einschließe. Anders sei die Förderung der schwächeren Schüler/innen gar nicht möglich. Für das Ministerium handelte es sich dabei um die „Gleichbehandlung“ aller Schulen. (Göttinger Tageblatt, 9.12.2008, S.27)

Der nächste Schritt zur „Gleichbehandlung“ erfolgte Anfang 2009 mit der Ankündigung der Landesregierung, auch an Gesamtschulen die Schulzeit auf 12 Jahre zu verkürzen und diese Änderung schon für das Schuljahr 2010/11 ins Schulgesetz zu schreiben.

Dagegen und gegen die konfrontative Schulpolitik des Landes insgesamt protestierten am 9. Mai 2009 in Hannover über 10 000 Teilnehmer/innen an einer Demonstration, die von Vertretern von Kommunen, dem Landeselternrat, der organisierten Schülerschaft und der GEW veranstaltet wurde. Der gemeinsame Nenner des Bündnisses, so der GEW-Vorsitzende Eberhard Brandt, bestehe im „Anspruch an die Schulpolitik des Landes, Kommunen, Eltern und

Schülerschaft“ nicht zu bevormunden. Sie wollten selbst entscheiden, „ob sie Schulen des gegliederten Schulwesens wünschen oder Gesamtschulen als Alternative“. (<http://bildungsklick.de/> 10.5.2009)

Auch nach den 16 Gesamtschulneugründungen für das Schuljahr 2009/10 hielt der Run auf diese Schulform in Niedersachsen unvermindert an und im Schuljahr 2010/11 gingen weitere 17 Gesamtschulen an den Start. Dennoch wurde die Kritik lauter, dass die Landesregierung unter Christian Wulff das sechsjährige Gründungsverbot für Gesamtschulen nicht aufgehoben, sondern nur gelockert habe. Die Hürden für die Genehmigung einer Gesamtschule seien nach wie vor hoch. Das Kultusministerium fordere weiterhin mindestens 130 Anmeldungen, also fünfzügige Schulen, durch eine Neugründung dürfe der Betrieb vorhandener Schulen nicht gefährdet werden und gefordert werde eine Bestandsprognose von 14 Jahren.

Die massiven Proteste gegen die Schulpolitik des Landes zeigten zuletzt auch bei Christian Wulff Wirkung. Bei einer Kabinettsumbildung im April 2010 beauftragte er nach Bernd Busemann und Elisabeth Heister-Neumann mit Bernd Althusmann den dritten Kultusminister seiner Regierungszeit und bald nach seinem Abgang als Bundespräsident nach Berlin kommt das Göttinger Tageblatt mit der Schlagzeile heraus „CDU denkt über Gesamtschulen nach“. Die Zeitung berichtete von zahlreichen CDU-Politikern, die im Streit um die Mindestgröße für neue Gesamtschulen mehr Kompromissbereitschaft von der Landesregierung unter dem neuen Ministerpräsidenten David McAllister forderten. Statt fünf Klassen sollten künftig nur noch vier die Voraussetzung einer Neugründung sein. (Göttinger Tageblatt, 14.8.2010)

Am 19.8.2010 meldete NDR 1, das Niedersächsische Kultusministerium plane die Neugründung von Gesamtschulen zu erleichtern. Das Ministerium reagiere damit auf die zurückgehenden Schülerzahlen und komme auch den Wünschen der kommunalen Spitzenverbänden entgegen. Nach Informationen des Senders solle auch die Regelung im Schulgesetz fallen, dass, wer eine Gesamtschule gründen will, die Schulen des gegliederten Systems vorhalten muss. (<http://bildungsklick.de/> 19.8.2010)

## Oberschule statt Gesamtschule?

Am 25.10.2010 berichtet die Neue Osnabrücker Zeitung, dass die Würfel in der Schulstrukturfrage gefallen seien. Der dramatische Schülerrückgang, der vor allem die Hauptschule treffen wird, soll dazu führen, dass neben dem Gymnasium Haupt- und Realschule zu einer zweiten Säule verschmelzen. Begrenzt sollen auch weitere Gesamtschulen genehmigt werden. Der neue Freiraum der Kommunen als Schulträger bei der Gestaltung des Schulwesens vor Ort könne zum Beispiel bedeuten, dass die neue Oberschule eine eigene Oberstufe erhält und nach 12 oder 13 Schuljahren auch zum Abitur führt. Das hat nun auch dem Verband Niedersächsischer Lehrkräfte im Verband Deutscher Realschulen gefallen, der zuvor eine bloße Zusammenlegung von Haupt- und Realschulen als nicht zukunftsfähig strikt ablehnte. (<http://bildungsklick.de/> 25.10.2010)

In einer Presseerklärung teilt der Minister am 26.10.2010 mit, dass die neue Schule Oberschule heißen wird, mit zwei Angebotsprofilen: „Ohne gymnasiales Angebot kann die neue Schule mindestens zweizügig, mit gymnasialem Angebot mindestens dreizügig geführt werden.... Die Oberschule kann damit anstelle organisatorisch zusammengefasster Haupt- und Realschulen, sowie Kooperativer Gesamtschulen geführt werden. Die Schulträger sind berechtigt, aber nicht verpflichtet, eine Umwandlung vorzunehmen.“ (Niedersächsisches Kultusministerium, Presse: 26.10.2010, Nur 54)

In der Presskonferenz zur Schulstruktur machte der Minister zwei Ergänzungen zur schriftlichen Pressemitteilung:

*Die Oberschule mit gymnasialem Angebot kann bei ausreichenden Schülerzahlen ein gymnasiale Oberstufe führen.*

*Gesamtschulen werden als Integrierte Gesamtschulen fünfzünftig geführt. Schulträger können diese ausnahmsweise auch vierzünftig führen.*

(Pressekonferenz zur Schulstruktur am 26.10.2010 um 16:30)

Gegen diese Ankündigungen des Ministers gab es Widerstand in den Regierungsfractionen, vor allem bei der FDP, berichtet das Göttinger Tageblatt am 27.10.2010 und der Philologenverband warf dem Kultusminister vor, vor der „Gesamtschulobby“ kapituliert zu haben. (Göttinger Tageblatt, 29.10.2010) In einer Regierungserklärung am 9.11.2010 stellte der Minister dann auch fest, dass die Senkung der Hürden für die Neueinrichtung von Gesamtschulen „mit Blick auf die langfristige Entwicklung in Niedersachsen nicht zwingend notwendig“ sei. Nur die „14-Jahre Prognose für die Schülerzahlen“ könne auf 10 Jahre reduziert werden.

Zur weiteren Beruhigung des Philologenverbandes versicherte der Minister, nur das Gymnasium erhalte „eine gesetzlich verbriefte Bestandsgarantie“ und nach wie vor sei die Neugründung eines Gymnasiums auch schon zweizügig in der Sekundarstufe I und dreizügig in der Sekundarstufe II möglich. Unter dieser Bedingung seien von 2003 bis 2011 immerhin 21 neue Gymnasien genehmigt worden. Im Übrigen soll sichergestellt werden, „dass ein gymnasiales Angebot an einer Oberschule nur unter Sicherung des bestehenden Gymnasiums eingerichtet“ werde; denn einen „Schülerklau“ dürfe es nicht geben.

(<http://bildungsklick.de/> 9.11.2010)

Zur Ankündigung des Ministers vom 26.10.2010, die Oberschule könne bei ausreichender Schülerzahl eine gymnasiale Oberstufe führen, erklärte der Minister am 1.3.2011, wenige Tage vor der Verabschiedung des neuen Schulgesetzes: Die Oberschule führt nach 10 Schuljahren zum Mittleren Abschluss. Danach können Schüler/innen, die nicht die allgemeinbildende Schule verlassen, an den vorhandenen G8-Gymnasien weiter machen oder an Beruflichen Gymnasien nach 13 Schuljahren die Hochschulreife erlangen; denn eine Oberstufe mit mindestens drei Zügen an einer Oberschule wäre „nur in den wenigsten Fällen außerhalb der bestehenden Gymnasien umsetzbar“; Ziel sei es von Anfang an gewesen, „bestehende Gymnasien nicht zu gefährden“.

(<http://bildungsklick.de/> 9.11.2010)

## Zweigliedrigkeit - ein Kompromiss?

Am 26.2.2011 resümiert das Göttinger Tageblatt die Auseinandersetzung in der Regierungskoalition unter der Überschrift „Koalition bremst Althusmann aus“ und stellt fest, dass der Minister, der mit dem neuen Ministerpräsidenten „das Ziel eines partei- und verbandsübergreifenden Konsenses in der Schulpolitik verkündete“, „eine empfindliche Schlappe“ habe einstecken müssen. Der Minister habe sich auf die Forderung von GEW, Landeselternrat und den Kommunalverbänden, die Gründung von Gesamtschulen zu erleichtern, eingelassen, starke Kräfte in CDU und FDP sähen jedoch die neue Oberschule durch eine erleichterte Zulassung neuer Gesamtschulen in Gefahr. (Göttinger Tageblatt, 26.2.2011, S.24)

Dieses Argument hat wohl auch der Kultusminister akzeptieren müssen. Denn die nach der Aufhebung des Gründungsverbots auch unter den erschwerten Gründungsbedingungen boomende Gesamtschule hat, zusammen mit rückläufigen Schülerzahlen, die bislang so hartnäckig verteidigte Hauptschule in eine ausweglose Lage gebracht. Dasselbe befürchtet jetzt allerdings der Verband Deutscher Realschullehrer auch für die arg gerupfte Oberschule des Ministers. In einer Pressemeldung des Verbandes unmittelbar nach Verabschiedung des neuen Schulgesetzes heißt es:

*Die jetzt festgezurrte Zusammenlegung von Haupt- und Realschule unter einem neuen Namen und dem Feigenblättchen „gymnasiales Angebot“ wird von den Eltern nicht akzeptiert werden. Solange die Abituroption für „nichtgymnasiale“ Grundschüler fehlt, ist jede Reform zum Scheitern verurteilt.*

(<http://bildungsklick.de/> 15.3.2011)

Wenn der Kultusminister versucht, die Attraktivität der neuen Schule zu verbessern mit einer Klassenobergrenze von 28 (Gesamtschule 30, Gymnasium 32), mit Ganztagsbetreuung, zusätzlichen Sozialpädagogen und einer verstärkten Berufsorientierung, - es sind letztlich ähnliche Maßnahmen, die man bislang der Hauptschule hat angedeihen lassen und die bei den Eltern nicht gefruchtet haben. Die Oberschule ist im Kern eine Realschule, die, wie die Gesamtschule immer schon, jetzt auch Kinder aufnehmen muss, die für die

Hauptschule empfohlen werden, und sie muss spätestens nach Klasse 8 abschlussbezogene Haupt- und Realschulklassen bilden. Wie soll diese Schule in Konkurrenz treten können mit der Gesamtschule, die, wie das Gymnasium, auf einem direkten Weg zum Abitur führt?

Wenn Bernd Althusmann trotzdem die Prognose wagt, dass es in absehbarer Zeit auch in Niedersachsen ein zweigliedriges Schulsystem aus Gymnasium und Oberschule geben wird, so scheint mir eine andere Prognose näherliegend: Spätestens nach der nächsten Landtagswahl wird erneut ein „partei- und verbandsübergreifender“ Kompromiss in der Schulpolitik gesucht werden, der dann nicht, wie im neuen Schulgesetz, nur das Gymnasium und den Philologenverband zufrieden stellen darf. Ein solcher Kompromiss wird, wie sich die Interessenlage in der gegenwärtigen Auseinandersetzung darstellt, neben dem Gymnasium zu einer Schule führen, die, auf der Basis eines Sozial- und Leistungsindex bedarfsgerecht ausgestattet, alle Abschlüsse bis zum Abitur anbietet. Ob diese Schule dann Gesamtschule, Gemeinschaftsschule, Oberschule oder auch noch ganz anders heißen wird, dürfte für die Hauptbetroffenen, die Kinder und Jugendlichen und

deren Eltern, von ganz und gar untergeordneter Bedeutung sein.

Dass ein solcher Kompromiss, der inzwischen in den vier Bundesländern Hamburg, Berlin, Bremen und dem Saarland bereits gesetzlich verankert und zu einem starken Trend geworden ist, auch die beiden in Niedersachsen aktuell so zerstrittenen schulpolitischen Lager befrieden kann, zeigt auch eine Erklärung zur Tagung der Bundesdirektorenkonferenz, die mehr als 2200 Gymnasien in Deutschland vertritt. Die zentrale Forderung in der Erklärung lautet: Es soll neben dem achtjährigen Gymnasium „ein gleichwertiger, einheitlicher Bildungsweg“ in allen Bundesländern geschaffen werden, „der differenzierte Schulabschlüsse bis hin zum Hochschulzugang nach neun Jahren ermöglicht. Mit seinen erfolgreichen, beim Deutschen Schulpreis stark vertretenen Gesamtschulen hat Niedersachsen gute Voraussetzungen, einen solchen „gleichwertigen“ Bildungsgang, auf Augenhöhe und im pädagogischen Wettbewerb mit dem Gymnasium, zu schaffen.

# Dr. Brigitte Schumann:

## Monitoring-Stelle gibt Ländern „Eckpunkte zur Verwirklichung eines inklusiven Bildungssystems“ vor! Konsequenzen für alle Bundesländer

Es ist das zweite Mal, dass Valentin Aichele, Leiter der Monitoring-Stelle für die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK) am Deutschen Institut für Menschenrechte, in einer presseöffentlichen Stellungnahme mit Berufung auf seine Wächterfunktion die Politik der KMK und der Länder kritisiert. Im August 2010 stellte er klar, dass Zwangszuweisungen zur

Sonder-/Förderschule angesichts des individuellen Rechts auf inklusive Bildung für Kinder mit Behinderung rechtlich unzulässig sind und eine menschenrechtliche Diskriminierung im Sinne der Konvention darstellen. Damit widerlegte er auch die Rechtssprechung des Hessischen VGH.

Aktuell hat er „Eckpunkte zur Verwirklichung eines inklusiven Bildungssystems“ (Primarstufe und Sekundarstufen I und II) vorgelegt. Er kritisiert die KMK mit ihrer Position und ihren Empfehlungen zu „Inklusive Bildung von Kindern und Jugendlichen mit Behinderung in Schulen“. Von den Bundesländern fordert er eine zügige Entwicklung von Aktionsplänen und gibt mit seinen Eckpunkten rechtliche Orientierungen dafür vor. Spätestens ab dem Schuljahr 2011/2012 sollen die Länder in der Lage sein, „für Kinder und Jugendliche mit Behinderungen nach individuellem Bedarf ein sinnvolles und qualitativ hochwertiges Bildungsangebot in der allgemeinen Schule“ zu organisieren.

### Qualität und progressive Realisierung für inklusive Bildung

Landespolitischen Tendenzen, inklusive Bildung mit der „heißen Nadel“ zu stricken, stellt sich die Monitoring-Stelle entschieden entgegen. Aichele nimmt Anstoß an der inflationären Verwendung des Begriffs „inklusiv“. Gerade wegen der Abgrenzung zu Integration sei er „präzise und umsichtig als qualitativer Begriff zu gebrauchen“. Verlangt werden Standards für eine qualitativ hochwertige Form des Gemeinsamen Unterrichts von Kindern mit und ohne Behinderungen. Er soll an allen Schulformen angeboten und zieldifferent und binnendifferenziert gestaltet sein. Bestimmte Organisationsformen wie Sonderklassen und Kooperationsklassen verdienen diese Bezeichnung nicht und sollen deshalb auslaufen. „Unterstützungsstrukturen für Schulen und Lehrkräfte sollen rechtlich abgesichert werden.“

Ressourcenvorbehalte gegenüber angemessenen Vorkehrungen für inklusive Bildung werden als unzulässig erklärt. Bis zur „Grenze der unbilligen Belastung“ muss nachweislich alles unternommen werden, wobei der Nachweis von dem jeweiligen Kostenträger zu erbringen ist. Klare Sanktionsregeln sind einzubauen für den Fall, dass staatliche Träger angemessene Vorkehrungen verweigern.

### Inklusive Bildung als Recht des Kindes mit Behinderung

Erkennbare Tendenzen in einigen Ländern, das Recht auf inklusive Bildung als Wahlrecht der Eltern auszugestalten, weist er als nicht konventionskonform zurück. „Das Recht auf Inklusion ist ein Recht der Person mit Behinderung“, so Aichele. Eltern sind über dieses Recht aufzuklären und „haben bei der Ausübung der elterlichen Sorge den Leitgedanken der Inklusion zu beachten und ggf. zu erklären, warum sie keine inklusiven Bildungsangebote wahrnehmen“.

Ein Wahlrecht ist „nur übergangsweise vertretbar“. Es darf nachweislich nicht den Aufbau eines inklusiven Bildungssystems verzögern oder untergraben, indem „es die erforderliche Reorganisation von Kompetenzen und Ressourcen für das Regelschulsystem erschwert“.

Ein unbefristetes Doppelangebot von Regel- und Sonderbeschulung für Kinder mit Behinderung ist ebenso wenig zulässig wie der Ausbau des Sonderschulsystems durch neue Sondereinrichtungen. Zu fördern ist dagegen die Umwandlung von Förderschulen zu Kompetenzzentren als „Schulen ohne Schüler“.

### **Konsequenzen für alle Bundesländer**

Die rechtlichen Vorgaben der Monitoring-Stelle zur Umsetzung der UN-BRK erfordern ein gründliches Nachdenken und Umdenken auf Länderebene. Das gilt für alle Länder. Für einige allerdings sehr viel mehr als für andere. Insbesondere konservativ geprägte Bundesländer weisen in ihrer Politik zur Umsetzung der UN-BRK gravierende Defizite auf.

Länder, in denen es noch Zwangsüberweisungen zur Sonderschule gibt, haben zur Kenntnis zu nehmen, dass die Monitoring-Stelle davon ausgeht, dass spätestens ab dem nächsten Schuljahr der individuelle Bedarf nach einem qualitativ hochwertigen inklusiven Angebot in der allgemeinen Schule gedeckt wird.

Alle Versuche, über ein wie auch immer ausgestaltetes Elternwahlrecht ein Doppelsystem von Sonder- und Regelbeschulung aufrechtzuerhalten und damit das Sonderschulsystem zu retten, sind unzulässig.

Die Umwandlung von Sonder- /Förderschulen zu Kompetenzzentren darf nicht, wie in einigen Bundesländern beabsichtigt, der Stabilisierung und dem Ausbau des Sonderschulsystems dienen. Sie ist nur dann zu fördern, wenn sie der nachweislichen Entwicklung hin zu einer „Schule ohne Schüler“ dient.

Unmittelbarer Handlungsbedarf besteht überall in der qualitativen Verbesserung der Organisationsformen des gemeinsamen Lernens, die Kindern mit und ohne Behinderungen angeboten werden, sowie in dem Aufbau von Unterstützungssystemen für die inklusive Entwicklung der Schulen.



Der ehemalige CDU-Fraktionschef Merz sucht im Auftrag der Bundesregierung seit bald einem Jahr einen Käufer für die WestLB und erhält dafür angeblich 5000 € aus Steuergeldern. Er sucht und sucht und sucht.... und erhält dafür 5000 € ..... pro Tag.

**Staatsverschuldung insgesamt**

1.909.608.807.378 €

**Staatsverschuldung insgesamt**

1.909.609.118.121 €

**Staatsverschuldung pro Kopf der Bevölkerung**

(also inkl. Babys, Greise, Beamte, Politiker, Arbeitslose usw.)

rd. 23.386 €

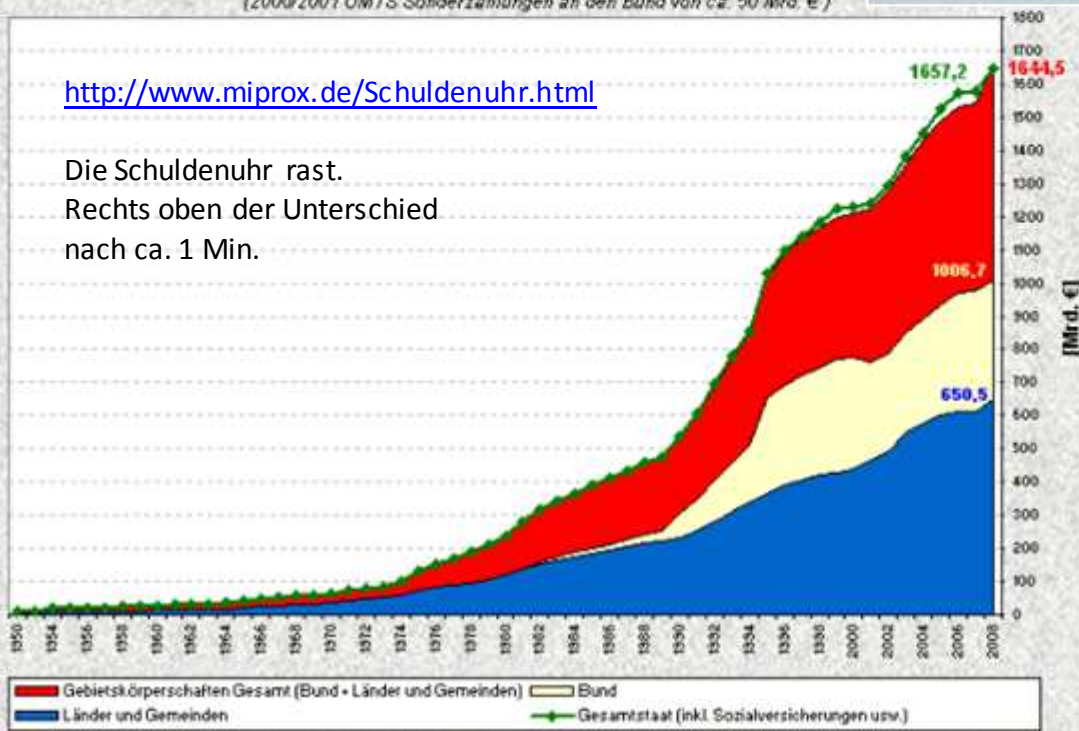
**BRD-Gesamtverschuldung öffentliche Haushalte**

(Einschließlich LAG-Fonds und ERP-Sondervermögen)

(2000/2001 UMTS Sonderzahlungen an den Bund von ca. 50 Mrd. €)

<http://www.miprox.de/Schuldenuhr.html>

Die Schuldenuhr rast.  
Rechts oben der Unterschied  
nach ca. 1 Min.



# Zu viele Jugendliche bleiben ohne Ausbildung

## Folgekosten: 1,5 Milliarden Euro

Unzureichende berufliche Bildung führt zu hohen gesellschaftlichen Folgekosten. Jahr für Jahr starten rund 150.000 junge Menschen ohne Ausbildungsabschluss und damit mit schlechten Zukunftsperspektiven ins Berufsleben. Wenn es nicht gelingt, diese Zahl zu halbieren, entstehen für die öffentlichen Haushalte Belastungen in Höhe von 1,5 Milliarden Euro pro Altersjahrgang. Das zeigt eine Studie des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung (WZB)

**Vorsicht:**  
**Der**  
**Frieden**  
**gefährdet**  
**Arbeitsplätze**



Das Foto-Gemälde "Düsenjäger" rechts des deutschen Künstlers Gerhard Richter wurde für 7,7 Millionen Euro verkauft



Ein Rundflug mit dem Düsenjäger links kostet 9.500 €

# BEFREIEN SIE IMAN!

**Iman al-Obeidi** bat in **Tripoli** ausländische Journalisten um Hilfe.

Wenn ihr dies lest, ist es schon gelaufen, aber bitte informiert euch für die Zukunft.

Jeder kann ganz leicht etwas tun. Trotz sehr kritischer Herangehensweise muss ich folgende Seite empfehlen:

<http://www.avaaz.org/de>

Sie informieren sich vorher sehr gründlich und ich finde bisher kein Haar in der Suppe.

Hier kommen immer **In wenigen Stunden hunderttausende**

**Unterschriften** zusammen die sich gegen ganz schlimme Ungerechtigkeiten auf dieser Welt wenden. Bitte informiert euch wenn ihr die Zeit habt



**91 Prozent aller Deutschen finden, freiwilliges Engagement** wird immer **wichtiger**. In diesem Punkt sind sich fast alle Deutschen einig: 91 Prozent der Bevölkerung sind laut AWO-Sozialbarometer der Meinung, dass freiwilliges Engagement in der Zukunft noch wichtiger wird für das Funktionieren der Gesellschaft.

Freiwilliges Engagement, was ist das eigentlich? Nicht gezwungen? Unbezahlt? Sollen die Menschen, die anderen Kindern und Familien helfen, dies freiwillig machen? Heißt das unbezahlt? Sollten andere die angestellt sind und die gleiche Arbeit machen Geld bekommen mit dem Auftrag, dass machst du ja nicht freiwillig, du bekommst dafür Geld? Sollten Politiker in Zukunft... Wie stellen wir uns eigentlich **eine gerechte Gemeinschaft** vor?

Das **Ehrenamt**. Es wird geehrt ohne Ende. Im Mittelpunkt stehen immer auch die, die die Ehrung vollziehen. Diese bekommen in der Regel viel Geld. Wer sich hervortun möchte schlägt am besten vor die unbezahlten Engagierten zu ehren. Das kommt gut. Was wird dort geehrt? Das unentgeltlich soziale Engagement.

Rund zwei Drittel der rechtlichen Betreuungen werden ehrenamtlich geführt. Zivildienstleistende müssen jetzt zum Teil durch festangestellte Mitarbeiter ersetzt werden. Ist das zumutbar?

# Ab jetzt wird es 66.000 Jahre keine Atomunfälle mehr geben, warum also sollen wir aussteigen?

Nach Berechnungen der „Deutschen Risikostudie Kernkraftwerke – Phase B“ ereignet sich ein „größter anzunehmender Unfall“ (GAU) in einem AKW mit den höchsten Sicherheitsstandards einmal in 33.000 Betriebsjahren. Das Ausmaß eines solchen Unfalls wurde bereits in Tschernobyl mit dem dortigen Super-GAU überschritten und nur eine Generation danach ereignete sich der zweite Super-GAU in Fukushima.

## Kostenlose Unterrichtsmaterialien

[01| Arbeitsblatt: Erdbeben, Tsunami und Atomkatastrophe in Japan](#)

[02| Linksammlung: Die drohende Atomkatastrophe in Japan](#)

[03| Arbeitsblatt: Welthandel, internationaler Wettbewerb, politischer Rahmen](#)

[04| Arbeitsblatt: Folgen der Globalisierung](#)

[05| Unterrichtsmaterial: Inflation – Ein Schreckgespenst mit vielen Gesichtern](#)

[06| Unterrichtsmaterial: "Hartz IV"-Reform](#)

[07| Arbeitsblatt: Vertrauen ist gut, Siegel ist besser – Warenkennzeichnung und Produktlabel](#)

### Aktuelle Meldungen Jugend und Bildung

[08| Berufsorientierung: Wirklich zur Bank?!](#)

[09| MS Office für Lehrkräfte](#)

[10| Microsoft Office Specialist](#)



# Bauanleitung Spirituskocher

Bau doch mal jetzt zu Ostern mit deinem Kind einen einfachen Spirituskochers aus zwei Getränkedosen inklusive Kochtopfständer.

Dann kocht ihr euch eine Gemüsesuppe. ☺

## Schritt Nr. 1 - Material und Werkzeug

Was man alles benötigt:

- Zwei leere Getränkedosen
- Einen Metallkleiderbügel
- Schleifpapier (optional)
- Eine spitzes, scharfes Cutter-, Bastel- oder Teppichmesser
- Eine etwas dickere Nähnadel, eventuell mit selbst gebasteltem Griff
- Kombi- oder Spitzzange
- Eine Schere
- Eine Feile
- Ein kleiner Bastelschraubstock
- Lineal oder Zollstock
- Stift zum Anzeichnen, hier hat sich ein CD-Marker bewährt
- Ein Blatt Papier
- Tesafilm



## Schritt Nr. 2 - Vorbereitungen

Die leeren Dosen werden nun zuerst mit Schleifpapier von der aufgedruckten Farbe befreit. Sollte es jedoch mal schnell gehen, kann man diesen Arbeitsschritt aber getrost überspringen. Ich für meinen Teil bevorzuge jedoch die Dosen, die schön blank geschmirgelt wurden :-)

**Abb. 1:** Für den hier beschriebenen Spirituskocher benötigt man leere Getränkedosen



dann

**Abb. 2:** von der Farbe befreite Getränkedose



zwei

## Schritt Nr. 3 - Düsenlöcher

Als nächstes wird an einer Dose der Boden am Rand mit kleinen Löchern versehen die später als "Düsen" fungieren sollen. Hierfür benutze ich eine etwas stärkere Nähnadel die ich mir in einen Holzgriff eingeklebt habe. Die Nadel muss aber nicht unbedingt einen Handgriff aufweisen sie kann auch mit einer Zange festgehalten werden (ist halt nur ein wenig umständlicher).

**Abb. 3:** Anfertigen der Düsenlöcher



#### Schritt Nr. 4 - Dosenboden entfernen (Brenneröffnung)

Nachdem man die Düsenlöcher fertig ist, wird nun der gewölbte Boden der Dose entfernt. Für diesen Arbeitsschritt verwende ich ein spitzes Bastelmesser. Es ist hilfreich, wenn man mit der Nähnadel am Anfang erst zwei bis drei Löcher ganz dicht beieinander in den Dosenboden sticht, denn ansonsten läuft man Gefahr, das die Spitze des

Bastelmessers abbricht.

**Abb. 4:** Dosenboden entfernen - Brenneröffnung



#### Schritt Nr. 5 - Zuschneiden des oberen Kocherteils

Damit man eine schöne gerade Linie auf der Dose anzeichnen kann lege ich immer ein Blatt Papier um die Dose und fixiere es mit Tesafilm.

Gemessen von der Kante unterhalb der Düsenlöcher misst man nun 2,5 cm ab (siehe Abb. 5). Die Papiermanschette wird jetzt auf dieses Maß (2,5 cm) ausgerichtet. Jetzt kann man mit dem CD-Marker eine gerade Linie rund um die Dose anzeichnen (siehe Abb. 6).

Entlang dieser Linie wird die Dose nun mit Hilfe des Bastelmessers aufgetrennt (siehe Abb. 7). Anschließend werden die scharfen Kanten noch mit der Feile bearbeitet, denn man möchte sich ja nicht anschließend bei der Endmontage verletzen. Das obere Teil des Kochers ist nun fertig und kann erst einmal zur Seite gelegt werden.



#### Schritt Nr. 6 - Zuschneiden des unteren Kocherteils

Die vorher erstellte Papiermanschette schiebt man nun über die zweite leere Dose und fixiert diese bei 2,3 cm - vom Dosenboden aus gemessen ca. 2,9 cm bis 3 cm. Wie im vorherigen Arbeitsschritt zeichnet man sich nun eine Linie rund um die Dose an. So jetzt wird die Dose entlang dieser Linie mit dem Bastelmesser aufgeschnitten. Die Schnittkanten mit einer Feile nachbearbeiten.

#### Schritt Nr. 7 - Zusammensetzen des Kochers

Jetzt wird es spannend und ein wenig frickelig, denn jetzt wird das Kocheroberteil in das Kocherunterteil geschoben (siehe Abb. 8). Aufgrund des identischen Dosenumfangs scheint das nicht möglich zu sein. Das Dosenblech läßt sich allerdings recht schön verformen und nach ein wenig Fummelarbeit rutscht das Kocheroberteil recht gut in das Kocherunterteil. Man sollte aber darauf achten die beiden Teile recht gleichmäßig und nicht schief ineinander zu stecken.

#### Schritt Nr. 8 - Kocherinnenwand

Für die Kocherinnenwand wird nun ein breiter Blechstreifen (ca. 3,5 cm) aus dem kompletten Dosenumfang angefertigt (siehe Abb. 9 und 10). Am besten gelingt dies mit einer großen Haushalts- oder Tapetenschere.



Anschließend wird die Kocherinnenwand nun durch die große Brenneröffnung in den Kocher eingesetzt (*siehe Abb. 11*). Die Kocherinnenwand sollte schön bündig mit der großen Brenneröffnung abschließen (*siehe Abb. 12*).

So jetzt ist der Spirituskocher einsatzbereit (*siehe Abb. 13*).

### Schritt Nr. 9 - Erste Inbetriebnahme

Jetzt wird es warm/ heiß. Für einen Test sollte man nun 2 Verschlusskappen Spiritus in den Brenner gießen und das Spiritus mit einem Streichholz anzünden. Anfangs wird nur durch die Brennermitte eine große Flamme entstehen, aber sobald das Spiritus hinter der Kocherinnenwand genügend erhitzt wurde kommen auch die Flammen aus den Brennerdüsen zum Vorschein. Sollte dies nicht der Fall sein, dann kann es vielleicht daran liegen das die Kocherinnenwand nicht dicht genug mit dem Boden des Kochers abschließt.

Hier noch ein paar Daten zur Brenndauer des Kochers:

- 1.) 2 Verschlusskappen Spiritus reichen aus um 250 ml Wasser zum Kochen zu bringen. Diese Menge Wasser entspricht einer großen Kaffeetasse. Das Wasser kocht bereits nach 4 Minuten und der Kocher brennt noch nach bis ca. 7 Minuten.
- 2.) 3 Verschlusskappen Spiritus reichen aus um 500 ml Wasser zum Kochen zu bringen. Diese Menge Wasser entspricht zwei großen Kaffeetassen. Das Wasser kocht bereits nach 6,5 Minuten und der Kocher brennt noch nach bis ca. 9 Minuten.

### Schritt Nr. 10 - Kochtopfständer

Den Kochtopfständer (*Abb. 14 und 15*) habe ich aus zwei Drahtkleiderbügel hergestellt.

#### **Benötigt werden:**

- 1.) 3 x 19 cm lange Drahtabschnitte
- 2.) 3 x 7,5 cm lange Drahtabschnitte
- 3.) 3 x große Lüsterklammern

Die 19 cm langen Drahtabschnitte werden jeweils 3 cm vom Ende her in einem Winkel von 60° gebogen

Die 7,5 cm langen Drahtabschnitte erhalten am späteren "Fußende" eine ca. 1 cm lange offene Öse  
Und fertig ist der Kochtopfständer

Viel Spaß 😊



„**Publik**“ ist eine private, politische und kritische Mail-Information, mit dem Schwerpunkt Bildung. Die Interessen der Kinder werden in den Mittelpunkt gestellt. Der Verteiler umfasst über 6000 Meinungsmultiplikatoren vor allem in Niedersachsen und Oldenburg und erreicht durch Weiterleitung zwischen 7 und 10.000 Adressaten. Rückmeldungen sind erwünscht. ([an@berndsiegel.de](mailto:an@berndsiegel.de)) Der Verfasser ist u. a. Erziehungswissenschaftler, Produzent und Moderator der TV-Sendereihe: „Zukunft Bildung“, ehrenamtlicher Jugendrichter am Landgericht und war u. a. im Landeselternratsvorstand.

Quellverweise: Wenn nicht anders angegeben ist: **Blaue Schrift** = eigene Worte. Schwarzer Text = Zitate, die durch Textsuche im Internet gefunden werden können. **Andere Farben** = **Hervorhebungen vom Verfasser**. Bilder aus dem Internet.

Einen Link zum [„anmelden“](#) oder [„abmelden“](#) findest du in der Mail. Oder einfach antworten.